



Die große Herausforderung

Neue Serie: Wie die zehn neuen EU-Mitgliedsländer die Nutzung der erneuerbaren Energien stärken wollen

Der Countdown läuft. Nach Jahren zäher Verhandlungen stellte der Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 die Weichen für die größte Erweiterungsrunde seit Bestehen der Europäischen Union. Für zehn Staaten aus Osteuropa und dem Mittelmeerraum öffnet sich im kommenden Jahr die Tür zur EU; für Mai 2004 ist der Beitritt Polens, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens, der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Zyperns und Maltas vorgesehen. Die Staatengemeinschaft wird damit von derzeit 15 auf 25 Mitglieder wachsen. Neben Fragen zur Wirtschaftskraft, zur gesellschaftlichen Entwicklung und Kultur rückt damit auch der Energiesektor der zehn Beitrittsländer immer mehr in den Fokus des „alten Europas der 15“. Für die NEUE ENERGIE ist dabei vor allem interessant, welche Chancen die Ökoenergien in diesen Ländern haben – eine von vielen Fragen, die eine mit dieser Ausgabe beginnende Serie analysieren soll.

Noch haben selbst die Experten der Europäischen Union den Energiesektor der Kandidatenländer nicht abschließend beurteilt.

Dass es für die „Neuen“ aber noch ein weiter und beschwerlicher Weg sein wird, bis sie ihre Energiemärkte auf EU-Niveau gebracht haben werden, darüber besteht Einigkeit. „In Staaten wie Polen, Estland oder Tschechien beträgt der Anteil der Kohle am Primärenergie-Verbrauch über 50 Prozent. Die Kohle- und auch die Atomlobby ist in diesen Ländern immer noch sehr stark und hat großen Einfluss auf die Politik“, beschreibt Claude Turmes, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und energie-

Den EURATOM-Vertrag auflösen und mit den Geldern, die bis dato in die Atomforschung geflossen sind, die erneuerbaren Energien in den Staaten Mittel- und Osteuropas fördern. „Mit dem EURATOM-Vertrag wird in Europa immer noch einer Dinosauriertechnologie Vorrang vor innovativen Energien eingeräumt“, kritisiert die gebürtige Saarbrückerin. Mit der anstehenden EU-Erweiterung bietet sich die Gelegenheit, die überholte Förderung komplett zu ändern und die „enormen Potenziale“ von Sonne,

Die Modernisierung des Energiesektors steht in den Beitrittsstaaten nicht mehr ganz in den Sternen

politischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament, die Situation. Umweltverbände, die eine nachhaltige Energiepolitik fordern, sowie mittelständische Unternehmen, die dezentrale „grüne Projekte“ realisieren könnten, müssten in den Staaten Mittel- und Osteuropas dagegen erst noch etabliert werden, so der Luxemburger Europapolitiker. Turmes' Fazit: „Es wird noch viel Überzeugungsarbeit und finanzielle Unterstützung nötig sein, um den Energiesektor in Polen, Ungarn und Co. zu modernisieren.“

Seine Fraktionskollegin im Straßburger Parlament, Hiltrud Breyer, teilt diese Einschätzung. Ihr Vorschlag:

Wind und Biomasse in den Kandidatenländern zu nutzen.

Die langjährige Europaabgeordnete weiß nur zu genau, dass die Auflösung des EURATOM-Vertrages derzeit auf dem Brüsseler Parkett nicht ernsthaft diskutiert wird. Einen Schritt weiter sind da Turmes, Breyer & Friends schon mit der Förderung erneuerbarer Energien. Das lässt sich auch an der „Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt“ vom 27. September 2001 ablesen. Diese Richtlinie knüpft an EU-Weißbuch über erneuerbare Energiequellen an und soll uneingeschränkt vom Tage ihres



Foto: BilderBox-Erwin Wodicka

Prag, Perle Osteuropas: Blick über die Moldau auf die Karlsbrücke und den Hradschin

Beitritts an auch für die neuen Mitglieder des Bündnisses gelten. Danach ist es Ziel, bis zum Jahr 2010 einen Anteil erneuerbarer Energieträger von zwölf Prozent am Bruttoenergie-Verbrauch der

greifen. Rund 77 Millionen Euro umfasst der Topf für dieses Programm, das bis 2007 gelten soll. „ALTENER soll helfen, den Bekanntheitsgrad und die Popularität der erneuerbaren Energien zu erhöhen“, erklärt Van Steen.

Auf die „Neuen“ kommt noch viel Arbeit zu, bis sie ihre Energiesektoren auf Westniveau getrimmt haben

Gemeinschaft zu erreichen. Derzeit liegt diese Quote bei rund sechs Prozent. „Die Richtlinie empfiehlt den Staaten, beispielsweise zügige Genehmigungsverfahren für Ökoenergie-Projekte sicherzustellen oder dafür zu sorgen, dass ein Netzanschluss für erneuerbare Energieträger zu vertretbaren Kosten möglich ist“, erläutert Hans Van Steen, Mitarbeiter der Generaldirektion für Energie und Verkehr. Alle zwei Jahre, so der Energieexperte aus Brüssel, müssten die Mitgliedstaaten der Kommission berichten, welche Schritte sie getan haben, um das Zwölf-Prozent-Gemeinschaftsziel zu erreichen. Van Steen: „Reichen der Kommission diese Schritte nicht aus, kann sie die Mitglieder über das EU-Parlament oder den -rat zwingen, Maßnahmen zur Förderung der Erneuerbaren zu ergreifen.“

Das so genannte Programm ALTENER der Europäischen Union soll den Mitgliedern bei ihren Bemühungen, die Ökoenergie nach vorne zu bringen, finanziell unter die Arme

Das Programm solle vor allem Verbände und staatliche Institutionen bei ihrer Arbeit unterstützen, die Öffentlichkeit über Ökoenergien zu informieren und Aus- oder Fortbildungsstrukturen in diesem Bereich zu etablieren.

Dass ALTENER jedoch nur ein kleiner Beitrag sein kann, um die Kandidatenländer energiewirtschaftlich an EU-Standards heranzuführen, darin sind sich die Experten einig. „Es sind ja nicht nur die erneuerbaren Energien, die in den Staaten Mittel- und Osteuropas bisher zu kurz gekommen sind“, betont Wilhelm Riesner, Professor für Wirtschaft an der Hochschule Zittau/Görlitz. Ebenso „rückständig“ seien die „Transformationsländer“ bei der Privatisierung in der Energiewirtschaft, der Liberalisierung der Energiemärkte sowie in Sachen Energieeffizienz.

Eine Studie der Hochschule Zittau/Görlitz zur energiewirtschaftlichen Situation in Mittel- und Osteuropa weist auf diese Probleme hin. Danach wird beispielsweise in Tschechien mit rund 45.555 Kilo-

wattstunden pro Einwohner jährlich genauso viel Primärenergie verbraucht wie im hochindustrialisierten Deutschland (47.777 kWh); in der Slowakei und Estland sind diese Werte mit 38.055 kWh und 38.333 kWh ähnlich hoch. Außerdem hakt der Liberalisierungsprozess in nahezu allen Beitrittsländern. Grund dafür sind der Expertise zufolge langfristige Lieferverträge der Großkraftwerke mit dem Verbundnetzbetreiber, die etwa 70 Prozent der Stromerzeugung erfassen. Dadurch wird die für den freien Handel verfügbare Strommenge erheblich eingeschränkt.

Energieexperten aus den Beitrittsstaaten sind jedoch optimistisch, dass die überkommenen Strukturen in den Energiesektoren ihrer Länder schon bald überwunden werden können. „Politik und Philosophie in Polen ändern sich“, betont etwa Jacek Lacny, Leiter des Instituts für die Ökologie von Industrieflächen mit Sitz in Kattowitz. Zwar sei das Land noch immer in hohem Maße abhängig von Kohle, doch habe die Regierung in Warschau jüngst erklärt, künftig stärker auf die Ökoenergien zu setzen. „Weil in Polen viel Landwirtschaft und Gartenbau betrieben werden, liegen die energetischen Potenziale vor allem im Bereich der Biomasse“, so Lacny. „Wenn wir dieses Potenzial ausschöpfen, können wir den Anteil erneuerbarer Energien in unserem Land von derzeit 2,5 Prozent auf 7,5 Prozent in 2010 erhöhen.“

In Slowenien sieht Martina Šumenjak ihr Land auf einem gutem Weg: „Das Hauptziel unserer Regierung ist es, die Energieeffizienz zu steigern, und zwar pro Jahr um zwei Prozent. 1,5 Millionen Euro stellt das Umweltministerium für Maßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung.“ Außerdem, so die Energieexpertin aus Ljubljana, gebe es in Slowenien bereits ein Gesetz zur Vergütung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Danach werde beispielsweise die Kilowattstunde Windstrom mit bis zu 6,3 Cent vergütet. Angesichts des „guten Willens“ der slowenischen Regierung ist sich Šumenjak sicher: „Viele Energieexperten haben uns nicht auf der Rechnung. Aber sie werden sich wundern, wie schnell wir uns EU-Standards annähern werden.“ ■

Text: Sascha Rentzing